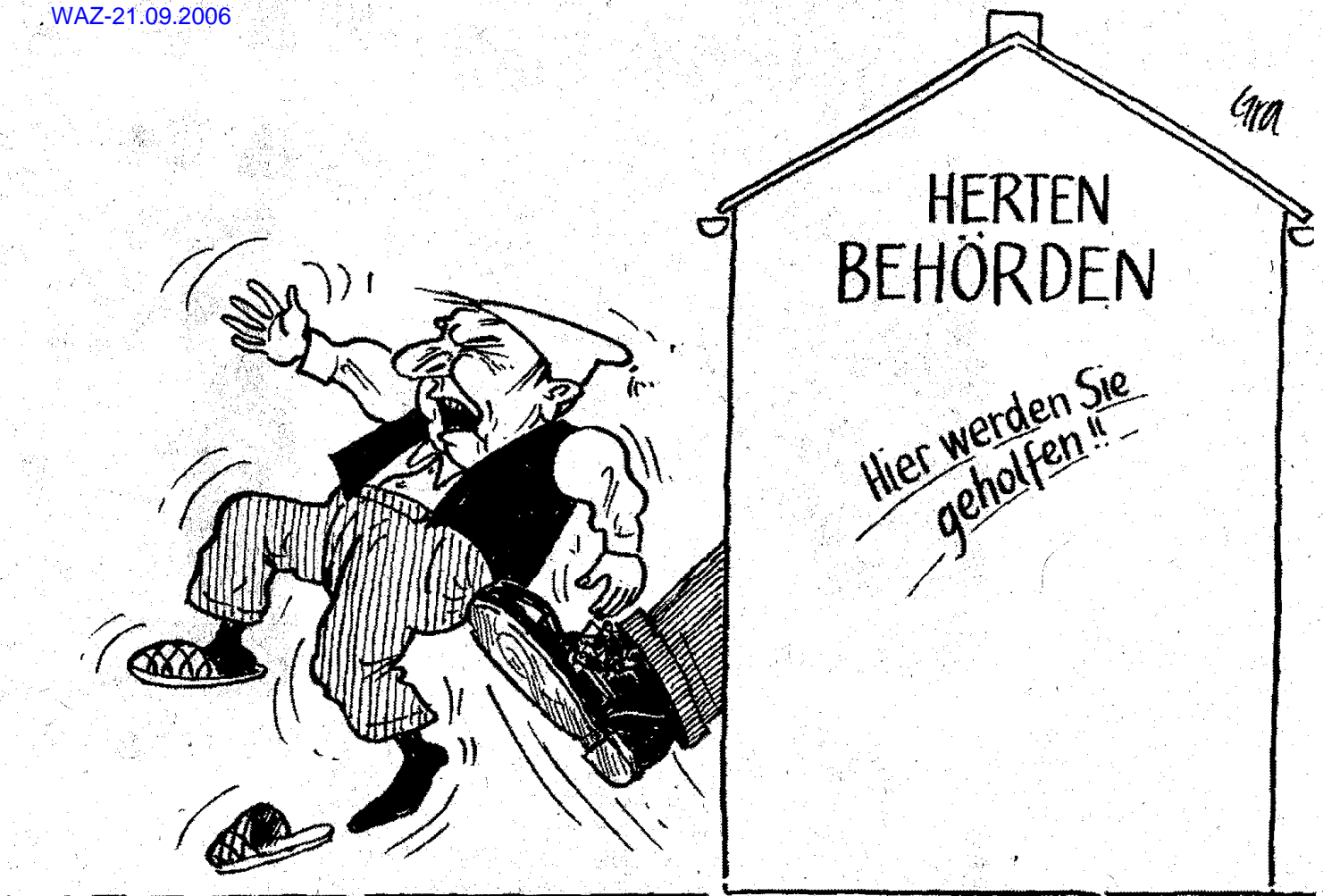


WAZ-21.09.2006



Auf dem Weg zur bürgerfreundlichen Kommune geht die Stadt drei Schritte rückwärts

Beamte sitzen auf dem hohen Ross

Von Thomas Schmitt

Wenn die Katze aus dem Haus ist, tanzen die Mäuse auf dem Tisch. Sagt der Volksmund. Rein oberflächlich betrachtet könnte man das unglückliche Bild, das die Verwaltung in der abgelaufenen Woche von sich gezeichnet hat, auf den Urlaub von Klaus Bechtel schieben.

Während sich der Bürgermeister am Bodensee einer Fitnesskur unterzieht, sorgen seine Mitarbeiter dafür, dass die Stadt auf dem Weg zu einer bürgerfreundlichen Kommune drei Schritte rückwärts geht. Mindestens, inklusive Salto.

Auf welchem hohem Ross die Damen und Herren in den Amtsstuben sitzen, wird anhand der Tatsache deutlich, dass es niemand im Rathaus für nötig befunden hat, 700

Bürgern in Scherlebeck mitzuteilen, dass sie eine neue Hausnummer bekommen. „Das ist Sache des Eigentümers“, lautete die lapidare Auskunft der Verwaltung. Das Motto: Gut, dass wir die Buchstaben des Gesetzes haben, dann können wir uns auf unseren eigenen vier ausruhen.

Jeder Besuch einer x-beliebigen Studentengruppe in der Stadtbibliothek, beinahe jedes Fachseminar jeder Abteilung oder Stadttochter ist der Verwaltung eine Pressemitteilung wert. Hört, hört, wir sind gut, wir sind aktiv! Die Tatsache, dass 700 Bürger ihre Adresse ändern müssen und dadurch eventuell Kosten für neue Briefbögen, Visitenkarten oder anderes entstehen, nicht eine einzige Zeile.

Viterra ist schuld. Basta!

Eine ähnliche Haltung liegt auch den beiden anderen Fäl-

len zu Grunde, die der Bürger Zorn zu Recht schürten. In Westerholt kaufte ein Hausbesitzer 55 Quadratmeter Straße, um seinen Vorgarten zu vergrößern. „Ein ganz normaler Verwaltungsvorgang“, sagte die Stadt. Informationen an die Nachbarn gab es natürlich nicht.

Warum auch? Die Straße

Herte(n)-Fälle

gehört uns, das geht niemanden etwas an. Punkt!

Jetzt liegt die Baustelle still, weil möglicherweise ein Verfahrensfehler vorliegt. Die Stadt prüft nun, ob sie den Verkauf hätte öffentlich machen müssen. Als Bürger dürfte man wohl erwarten, dass so etwas vor dem Verkauf geprüft wird. Bemerkenswert ist, dass nicht ein einziger Politiker aus Westerholt sich zu Wort gemeldet

hat. Das wäre Ruth Heine in Disteln nicht passiert.

Zu guter Letzt bleibt noch der Fall des Bürgers Joachim Jürgens zu erwähnen. Seinem Anspruch auf Information begegnete die Stadt mit dem Hinweis auf Kosten, die bis zu 200 Euro betragen könnten. Ein Schelm, der dabei Böses denkt. Der Presse gegenüber vermochte Günter Rose aus dem Bürgermeisteramt den Hinweis auf die Gebühr nachvollziehbar zu erklären. Neuland, Aufwand ...

Das wirft zweifellos die Frage auf, warum das gegenüber 0815-Bürger Jürgens nicht möglich war? Vielleicht, weil er doch kein 0815-Bürger, sondern eher ein Art 007-Volksagent ist, der den Mäusen im Rathaus immer wieder vor Augen hält, dass sie ihren Speck allein den Bürgern zu verdanken haben? - Weiter so, 007!